

lich mit den weiteren Völkerrechtsbrüchen umzugehen, die Deutschland im Schilde führt.

Vernstorff — so meint Noeggerath — kann viel erreichen, wenn der deutsche Reichskanzler ihm zu Hilfe kommt. Die beiden Schrecknisse der englischen Politik: „Embargo“¹ und Duldung des verschärften U-Bootkrieges könnten Wirklichkeit werden für den Fall, daß nach einer maßvollen deutschen Kriegszielerklärung die Alliierten mit unverminderter Brutalität den Frieden zurückstoßen würden. Dann haben wir die klare Situation vor der amerikanischen Öffentlichkeit herbeigeführt: der von Wilson, von der englischen Friedenspartei und von Deutschland als gerecht anerkannte Friede scheitert an dem bösen Willen der Alliierten. Wenn Deutschland die am 12. Dezember begonnene politische Aktion² zu ihrem natürlichen Ende bringt, könnte es möglicherweise sogar den verschärften U-Bootkrieg erklären, ohne daß Amerika die diplomatischen Beziehungen abbricht; allerdings nur unter der Bedingung, daß er befristet, d. h. von der Zusage begleitet wird: sobald England mit seiner Blockade in die Grenzen des vorher geltenden Völkerrechts zurückgeht, hört die Verschärfung des U-Bootkrieges auf.

Rußland außer Gefecht; England zur Höchstleistung unfähig, seine Kraft, die Bundesgenossen zu halten, entscheidend geschwächt; England in erstem Konflikt mit den Vereinigten Staaten. Hier ist ein klarer Weg zu einem anständigen Frieden oder zum Siege. — Vorbedingung: Fortsetzung der politischen Offensive und Aufschub des U-Bootkrieges.

Auf der anderen Seite: Wenn die deutsche Regierung sich nicht entschließt, mit dem verschärften U-Bootkrieg zu warten, so bringt sie Amerika an die Seite der Alliierten, mit seiner unerschöpflichen, unberechenbaren Kriegskraft. Das ist ein mehr als vollgültiger Ersatz für den wahrscheinlichen Ausfall Rußlands. Dann hat Lloyd George die englische Nation hinter sich für seine Knock-out-Politik. Das ist der klare Weg zur deutschen Niederlage.

Rückblickend will es uns scheinen, als ob nur mit Blindheit geschlagene Menschen die falsche Wahl treffen könnten.³ Der Kanzler hat tatsächlich

¹ Vgl. den Bericht von House über ein Gespräch mit Lloyd George vom 2. Juni 1915: „Er erklärte, es würde eine ernste Bedrohung für die Sache der Alliierten sein, wenn wir die Verschiffung von Kriegsmunition in dieser Zeit unterblieben würden.“ (House, a. a. O., I, S. 468.)

² Siehe oben S. 52.

³ Lord Grey, Fünfundzwanzig Jahre Politik, 1862 bis 1916, München 1926, II, S. 120, urteilt: „Im Lichte der späteren Ereignisse erscheint es klar, daß Deutschland